

Nachrichten aus Brüssel

@greens87 – stock.adobe.com

Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarktes

Einen 146-seitigen Bericht zur Zukunft des EU-Binnenmarktes, den die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten im vergangenen Jahr in Auftrag gegeben hatten, stellte der ehemalige italienische Ministerpräsident Enrico Letta vor. In seinem Bericht würdigt Letta angesichts des zunehmenden geopolitischen Wettbewerbes die zentrale Rolle des EU-Binnenmarktes für die Position der EU in der Welt.

Seine Kernempfehlungen für die Zukunft zielen darauf ab, den Binnenmarkt in den Bereichen Infrastruktur, Energie, Steuern, Digitales und Berufsrecht zu stärken. Mit Blick auf das Berufsrecht schlägt Letta vor, Hindernisse für die berufliche Mobilität innerhalb der EU durch eine Ausweitung der automatischen Anerkennung beruflicher Qualifikationen, wie es etwa bei Zahnärztinnen und Zahnärzten seit vielen Jahren der Fall ist, konsequent zu verbessern. Außerdem will Letta die soziale Dimension des Binnenmarktes sowie dessen Nachhaltigkeit stärken.

Zukunft der zahnmedizinischen Versorgung im Blick

In Athen fand die Frühjahrsvollversammlung des Council of European Dentists (CED), des Dachverbandes aller europäischen Zahnärzte, mit Delegierten aus über 30 europäischen Ländern statt. In der griechischen Hauptstadt wurde unter anderem eine Stellungnahme zur Abfallentsorgung und Nachhaltigkeit in der Zahnmedizin einstimmig verabschiedet. Das Papier will das Bewusstsein für die Nachhaltigkeit vor allem bei Herstellern von Dentalprodukten sowie beim zahnärztlichen Berufsstand schärfen.

Intensiv diskutiert wurde zudem über Dentalketten und die Zukunft der zahnmedizinischen Versorgung. Die Delegationen berichteten über die Entwicklungen aus ihren Ländern und die zwiespältige Rolle von Dentalketten in Europa. Von vielen Delegationen wurde vor diesem Hintergrund eine Positionierung des CED angeregt. Eine CED-Arbeitsgruppe soll nun eine Stellungnahme zur Zukunft der zahnärztlichen Versorgung im Jahr 2035 vorbereiten.

Deutschland und Frankreich sind sich einig

Im Rahmen eines deutsch-französischen Ministertreffens im Schloss Meseberg starteten die beiden Länder eine gemeinsame Initiative zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wirtschaftswachstums in der EU. Dies betrifft in besonderem Maße den Gesundheits- und Pharmasektor.

Konkret fordern die beiden Länder, die anhaltende Abhängigkeit der EU vom Import von Arzneimitteln und Arzneimittelgrundstoffen zu bekämpfen. Zudem soll die Pharmaproduktion wieder innerhalb der EU angesiedelt werden. Gleichzeitig sollen Anreize für die Förderung und den Schutz von Innovationen im Pharmabereich geschaffen und ein europäischer Forschungsplan entwickelt werden, um die Behandlung von Krebs, Alzheimer und anderen neurodegenerativen Erkrankungen voranzubringen.

Enge Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich

Kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit zog die scheidende EU-Kommission ein positives Fazit der Europäischen Gesundheitsunion. Unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie habe die EU innerhalb kürzester Zeit die Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten im Gesundheitsbereich geschaffen. Aus Sicht der EU-Behörde hat sich diese Zusammenarbeit bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren bewährt.

Darüber hinaus seien in den vergangenen Jahren wichtige Maßnahmen zur Krebsbekämpfung und Initiativen zur Digitalisierung der Gesundheitsversorgung wie der Europäische Gesundheitsdatenraum auf den Weg gebracht worden. Aus der Stellungnahme der EU-Kommission wird deutlich, dass die EU-Behörde das Ziel der Gesundheitsunion über die Europawahlen hinaus als prioritär ansieht und weiterhin verfolgen wird.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK